

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Frankreich, Belgien, das Saar- und Rheinlandgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Luxemburg M. 20.—, für das übrige Ausland M. 30.—
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80

Die beigegehaltene Konparatabelle über deren Raum kostet 4.— M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Ergebnisse von London

Konferenzen im Januar

EE. London, 22. Dezember.

Folgendes sind die die einzigen positiven Beschlüsse der Londoner Besprechungen: 1. Die drei Außenminister Frankreichs, Englands und Italiens werden eine Zusammenkunft am 8., 9., oder 10. Januar in Paris haben, um über das Abkommen von Angora und eine Vermittlung im griechisch-türkischen Kriege zu beraten. 2. Etwas später wird der Oberste Rat zusammenzutreten, um zu beschließen, wie Deutschland seine Zahlungen zu leisten hätte. Diese Tagung würde während der ersten Januarhälfte in Cannes stattfinden, wohnin Lloyd George bereits nächste Woche abreisen wird und wo er mehrere Wochen zu verbringen gedenkt. 3. Zu einem noch unbestimmten, aber nicht allzu weit entfernten Zeitpunkt soll eine internationale Wirtschaftskonferenz einberufen werden, die die Mittel ins Auge faßt, durch die das Wirtschaftsleben Mitteleuropas, Ostlands einbezogen, wieder aufgebaut werden kann und die die Bedingungen, wie dieser Aufbau erfolgen könnte, festlegen soll.

Deutschland soll 500 Millionen zahlen

London, 21. Dezember.

„Times“ zufolge wird angenommen, daß die Sachverständigen empfohlen hätten, Deutschland einen Mindestbeitrag von 500 Millionen Goldmark zur Begleichung der Januar- und Februarraten aufzuerlegen. Die Sachverständigen seien auch übereingekommen, daß die Garantiekommision die notwendigen Vollmachten haben soll, um die deutsche Ausfuhr und die Ausgaben der deutschen Verwaltung zu beaufsichtigen. Die englischen Sachverständigen hätten jedoch den Vorschlag der französischen Sachverständigen über die Einmischung der Alliierten in die deutsche Verwaltung nicht angenommen. Als Zeitpunkt für die Konferenz des Obersten Rates in Cannes werde der 3., 4. und 5. Januar genannt. „Times“ zufolge liegen bisher keinerlei Mitteilungen über irgendwelche Zugeständnisse an Frankreich in der wichtigen Frage der Prioritäten vor.

London, 22. Dezember.

Savas meldet: Die Sachverständigen sollen sich geeinigt haben, den beiden Ministerpräsidenten eine Empfehlung vorzulegen, die deutlich jeden Gedanken eines Moratoriums zurückweist. Die Ansicht Frankreichs soll demnach durchgedrungen sein. Deutschland würde sich in die Notwendigkeit versetzt sehen, eine Zahlung von 500 Millionen Goldmark zu leisten, die von ihm an dem nächsten Verfalltag gefordert werden kann. Dagegen würde der Betrag, der auf der Grundlage der Prozentigen Abgabe auf die deutsche Ausfuhr berechnet wird, vorläufig beiseite gelassen werden, da er zum größten Teil bereits durch Sachlieferungen ausgeglichen ist. Bevor sie zu diesem Schluß komme, stelle die Empfehlung die Zahlungsfähigkeit Deutschlands fest, wobei sie sich auf die eingehend geprüfte Statistik berufe. Deutschland sei trotz aller Behauptungen Wriths in seiner Note an die Reparationskommission in der Lage, die Zahlung zu leisten. Vorge schlagen würden hauptsächlich härtere Ueberwachung der Statistik des deutschen Außenhandels und ausgedehntere Vollmachten des Garantieauschusses, jedoch ohne Einmischung in die innere Verwaltung Deutschlands. Außerdem würde die belgische Priorität beibehalten und garantiert.

Die Differenzen zwischen England und Frankreich

London, 22. Dezember.

Zu der Beendigung der Konferenz zwischen Lloyd George und Briand durch die Einberufung des Obersten Rates für die erste Januarwoche nach Cannes berichtet „Daily Chronicle“, die französische Ansicht über die wirtschaftlichen und politischen Probleme Europas sei von der britischen Ansicht so verschieden, daß die Gesamtfragen durch den Obersten Rat der Alliierten entschieden werden müßten. Die Engländer hofften, daß auf die Konferenz des Obersten Rates eine allgemeine internationale Konferenz folgen würde, an der Deutschland und Rußland teilnehmen würden. Laut „Daily Chronicle“ ist Großbritannien bereit, Frankreich die wirksamen Garantien für seine Sicherheit zu geben. Diese Garantie Großbritannien müsse auf einer allgemeinen europäischen Vereinbarung beruhen. Der Standpunkt der französischen Sachverständigen beweise leider, daß sie von dem Geiste Lloyd Georges noch weit entfernt seien. Wenn Lloyd Georges Politik in Cannes nicht angenommen werde, werde Europa noch tiefer in das Chaos versinken.

EE. Paris, 22. Dezember.

Der gestrige Tag der Londoner Besprechungen hat wenig befriedigende Ergebnisse gezeitigt. Das „Echo de Paris“ erklärt ausdrücklich, daß man überhaupt zu keinen Resultaten gelangt sei. Es fanden zwar zahlreiche Besprechungen statt, doch seien irgendwelche positiven Ergebnisse in den Fragen, deretwegen man eigentlich zusammengetreten war, nicht zustandgekommen. Das einzige sich zusammengesetzte war, nicht zustandgekommen. Das einzige sich zusammengesetzte war, nicht zustandgekommen. Das einzige sich zusammengesetzte war, nicht zustandgekommen.

15. Januar und 15. Februar. Man einigte sich darauf, daß Deutschland für diese beiden Summen eine Gesamtsumme von 500 Millionen Goldmark zahlen müsse. Doch wurde kein Entschluß darüber gefaßt, ob Deutschland die restlichen 275 Goldmark Millionen gestundet werden sollen oder ob es diese noch zu zahlen hätte. Zogendwische bestimmten Entschlüsse über die Ausdehnung der Nachbefugnisse des Garantiekomitees kamen ebenfalls nicht zustande. Die „Daily Mail“ erklärt ausdrücklich, daß sich Lloyd George dagegen ausgesprochen habe. Die französischen Morgenblätter enthalten aber immer noch Andeutungen darüber, in welcher Weise sich die Ausdehnung dieser Nachbefugnisse vollziehen sollte. Man würde der Kommission insofern das Recht geben, sich in die deutschen Verhältnisse einzumischen, als man ihr eine Kontrolle über die deutschen Ausgaben zugestehen würde. Vollkommen ungeklärt ist immer noch die Frage, in welcher Weise das Statut der Reichsbank abgeändert werden soll. Es scheint, daß man sich in London auf bestimmte Beschlüsse in dieser Hinsicht nicht einigen konnte. Im ganzen sind also die Ergebnisse der Londoner Besprechungen durchaus negativ, wenn man davon abzieht, daß Deutschland gezwungen werden soll, im Laufe des Januar und Februar 500 Millionen Goldmark zu zahlen.

Weitere Besprechungen, die gestern abend um 6 1/2 Uhr zwischen Briand und Lloyd George stattfanden, brachten kein anderes Ergebnis, als daß die beiden Ministerpräsidenten sich auf das bereits Bekanntgegebene einigten, nämlich Zusammenkunft der Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens in Paris und Tagung des Obersten Rates in Cannes. Da es unmöglich wäre, daß im Laufe des heutigen Vormittags noch irgendwelche weitergehenden Beschlüsse über den Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens gefaßt werden könnten, steht nunmehr der Beschluß des französischen Ministerpräsidenten Briand fest, um 2 Uhr nachmittags London zu verlassen.

Mißstimmung unter den Alliierten

Die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Briand hat bei den übrigen Alliierten vielfach zu Unzufriedenheit und Beunruhigung Anlaß gegeben. Infolgedessen erließen gestern der italienische Botschafter Marquis di Martino bei Lloyd George und gab seiner Ueberzeugung darüber Ausdruck, daß Italien zu diesen Besprechungen nicht hinzugezogen worden sei. Die Belgier sandten ihren Botschafter zwar nicht zu Lloyd George, wohl aber erschien am Abend Baron Moncheux bei Briand, der den belgischen Botschafter über den Ausgang der Besprechungen mit Lloyd George unterrichtete und ihm mitteilte, daß erst der Oberste Rat zusammenzutreten und bindende Beschlüsse fassen solle. Die Befürchtungen der Belgier seien somit ungerechtfertigt.

Im allgemeinen erklärt man die etwas kühle Atmosphäre, die in den letzten Tagen in London herrschte, mit den französischen Flottenforderungen vor der Washingtoner Konferenz. Gestern erschien der amerikanische Botschafter in London, Harboen, bei Briand, dem er einen Brief des Präsidenten Harding übergab. Dieser dankt Briand dafür, daß er in der Frage der Hauptflotteneinheiten so rasch eine bindende Zusage Frankreichs erhalten habe und wünscht, daß sich Briand in der Frage der Unterseeboote ebenso nachgiebig zeigen möchte.

Auch gestern mußte Briand wiederum die amerikanischen Journalisten empfangen, über deren Haltung er sich einigermaßen mißvergnügt zeigte. Er bat sie, sie möchten mit ihren Angriffen auf Staatsmänner aufhören, die vor die schwere Aufgabe gestellt seien, die nationale Sicherheit ihres Landes zu garantieren. Er fügte hinzu: „Die englischen Sachverständigen in Washington fordern die vollständige Aufgabe der Unterseeboote unter dem Vorwande, daß dies eine inhumane Waffe sei. Warum verlangen sie nicht auch die Aufgabe der Flugzeuge, der Minen und aller übrigen Schutzmittel?“

Jedenfalls hat die Haltung Frankreichs in der Flottenfrage in England sehr verstimmt, und die Pressestimmen mehrten sich, die von Angriffsabsichten Frankreichs auf England sprachen.

Sowjetrußland und die Entente

Paris, 21. Dezember.

Laut „Chicago Tribune“ liegen in Paris zuverlässige Nachrichten vor, daß die russische Sowjetregierung vor dem 1. Februar eine verfassunggebende Versammlung einberufen werde, in der alle politischen Parteien vertreten sein sollen. Die Einberufung werde von den Vereinigten Staaten und Frankreich als unbedingte Voraussetzung für die Anerkennung der Sowjetregierung gefordert. Unmittelbar nach dem Zusammentritt der Versammlung würden die alliierten und assoziierten Mächte eine Konferenz zur Erörterung der formellen Friedensbedingungen der Sowjets abhalten. Führende Rollen bei der Beeinflussung der bolschewistischen Führer unter Einschluß Lenins im Sinne dieses Schrittes haben nach dem Blatte Ministerpräsident Briand und Hoover gespielt.

Ähnliche Nachrichten wie die obenstehende tauchen in letzter Zeit fortgesetzt in der europäischen Presse auf. Wir betrachten sie nicht als sehr glaubwürdig. Eher ist anzunehmen, daß die führenden Entente-Regierungen auf diesem Wege die Bedingungen kundgeben, unter denen sie zu einer Anerkennung der Sowjetregierung bereit wären.

Studenten

Von Dr. Julius Moses

Durch Verfügung des Rektors der Berliner Universität, Herrn Geheimrat Kernst, ist nunmehr die an der Universität bestehende Studentengruppe der R. P. D., weil sie angeblich die akademische Disziplin gefährdet, für die Dauer eines Jahres verboten worden. Also geschehen im Jahre 1921 im republikanischen Deutschland. Was vorangegangen, weiß man nicht, insbesondere hat man niemals gehört, daß gerade die kommunistisch gesinnte Studentengruppe so frech und so provozierend sich benommen hat, wie es die sonstige Studentenschaft bei unzähligen Gelegenheiten als ihr unbestreitbares Recht in Anspruch nahm, ohne daß dadurch die öffentliche Ordnung und die akademische Disziplin gefährdet ersähen. Es sei nur daran erinnert, daß in den Tagen des Rapp-Putsch die Berliner Studentenschaft sich ganz ostentativ den Hochverrätern zur Verfügung stellte, und all das unter den Augen und der wohlwollenden Protektion der akademischen Behörden, vertreten durch den damaligen Rektor der Universität, Geheimrat Meyer.

Daß unter der deutschen und insbesondere der Berliner Studentenschaft der Geist der Republik, der Auflehnung gegen die alte Ordnung der Dinge, im besonderen etwa stark bemerkbar gemacht hätte, wird niemand behaupten können. Natürlich gibt es auch hier solche Elemente, aber weder zahlenmäßig noch einflussmäßig geben sie dem akademischen Bürgertum ihr Gepräge. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Unsere Reaktion kann mit unserer Studentenschaft voll auf zufrieden sein. Nahezu unumschränkt beherrscht sie die Universität. Und wo sie Sulfurs gebraucht, nicht etwa geistigen, vielmehr die Kraft der Lungen und die Brachialgewalt der Fäuste, um etwa ihr nicht genehme Dozenten niederzutrampeeln oder Verammlungen zu sprengen oder mißliebige Theaterstücke unmöglich zu machen, da steht unsere akademische Jugend immer in der vordersten Reihe der Streiter.

Wenn man heute sich umsieht in den Kollegien Sälen und Wandelhallen der Universität, da springt der Unterschied zwischen dem Einst und dem Jetzt dem Beobachter sehr bald in die Augen. Die Not der Zeit ist auch an unseren studierenden Kreisen nicht ohne Wirkung vorübergegangen. Ausgemergelte Jünglinge, aus deren dürtiger Kleidung, hohlen Augen und verkümmerten Gesichtern die Not der Zeit nur allzu sichtbar in die Erscheinung tritt, geben beredte Kunde von den veränderten Verhältnissen. Materielle und geistige Druß, Not und Elend haben schon längst die Arbeiterklasse zur Erkenntnis ihrer Lage gebracht und dementsprechend ihr die wirtschaftliche und politische Richtung vorgeschrieben. Hier aber, wo es sich doch auch um Arbeiter, um geistige Arbeiter handelt, die von der Not der Zeit vielleicht noch schlimmer berührt, noch rauher angefaßt werden, geht die geistige und politische Entwicklung einen ganz anderen Weg, führt nach rechts, auf die Seite der Reaktion. Keinen schlimmeren Feind hat die neue Zeit, hat die Republik, hat die Arbeiterklasse, als das A k a d e m i k e r t u m von heute. Und dieser instinktive Haß pflegt sich in der Regel, wie wir es ja hundertfach gesehen haben, in einer Art und Form zu äußern, wie sie brutaler und gemeiner kaum gedacht werden kann. Je gebildeter der Mensch, um so abstoßender und widerwärtiger der Ausbruch des Hasses gegen alles, was seiner Mentalität zuwiderläuft. Jene Marxburger Studenten, die, nachdem sie unschuldige Arbeiter nach vorangegangenen Mißhandlungen brutal ermordet haben, mit Sang und Klang und Gloria vom Kriegsschauplatz abzogen, sind im Keinen und einzelnen das typische Bild der heutigen Studentenschaft im großen und allgemeinen.

Und noch eins gehört zum Bilde, zur Charakteristik des Ganzen. Das ist der Antisemitismus, der nirgendwo so järtlich hegebt und gepflegt wird, wie bei dem Akademikertum von heute. Wo der Jaun am niedrigsten ist, da springen die Hunde am leichtesten drüber hinweg, das ist ja eine bekannte Tatsache. Es erübrigt sich wohl, im Einzelnen auf diese Dinge weiter einzugehen. Wo die geistige Befähigung fehlt, und in der Regel auch der gute Wille, die Dinge an der Wurzel anzufassen und in ihren inneren Triebkräften zu erkennen, da ist allezeit ein billiges und bequemes Schlagwort bei der Hand, das auf die denktrügen Massen wirkt und die eigene Geistesarmut verbirgt, und das ist in diesem Falle der Antisemitismus.

Mit unsäglichem Hochmut, der geradezu an Verachtung grenzt, mit Mut im Herzen und einem Haß, der lieber heute als morgen alles hinwegfegen möchte, was im Flusse der Erscheinungen sich neugefaltet hat, blickt der Akademiker von heute auf die neue Zeit, blickt er insbesondere auf die Arbeiterklasse, die ja für ihn die leibhaftige Verförperung bedeutet alles dessen, was ihm in ingrimmigster Seelentiefe hassenswert und verabscheuungswürdig erscheint. Und mag ihm auch durch die Löhler des erbärmlichen Wamses der Wind saufen, mag ihm auch der Hunger in den Gebärmern wühlen, mag er auch in seiner ganzen Lebenshaltung hundertfach schlechter gestellt sein als mancher Arbeiter, er wird sich niemals soweit erniedrigen, zu denen herunterzusteigen, zu denen er eigentlich gehört, er wird jeden Gedanken der Zugehörigkeit zum Proletariat mit verächtlichem Stolz von sich abweisen. Denn nach

